Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 21 — Mittwoch, den 26. Januar 1921 — 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 25. Januar.)

Abg. Mehrhoff (U.) fragt wegen der Ermordung mehrerer Arbeiter im Thüringischen durch Reichswehrsoldaten im März vorigen Jahres an. — Regierungsseitig wird erklärt, daß die Untersuchung noch schwebe.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Uebel (Komm.) und eines Strafverfahrens gegen den Abg. Bruha (D.-N.) wird versagt.

Zum Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger

teilt Abg. Dr. Kahl (D. V.) als Berichterstatter mit, daß der Ausschuß sich einstimmig für Aufhebung der Immunität ausgesprochen habe. Nachdem der Hellserichprozeß ergeben hatte, daß fünf Fälle auf die Frage hin nachzuprüfen wären, ob grundsätzlicher Meineid oder fahrlässiger Falscheid vorliegt, erfordere die Würde und Ehre des Hauses die Auslieferung. Auch das Zentrum sei für die Genehmigung der Strafverfolgung eingetreten. Das Verfahren soll unverzüglich aufgenommen werden. — Abg. Geyer-Leipzig (Komm.) erklärt sich mit dem Antrage des Ausschusses nicht einverstanden. — Abg. Ledebour (U.) schließt sich dem an. — Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) stellt fest, daß Abg. Erzberger selbst die Untersuchung gewünscht hat im Interesse seiner selbst und seiner Fraktion.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) erteilt das Haus sodann mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten die Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers.

Die Aussprache über den Haushalt des Reichsjustizministeriums und die Interpellation betr. die Anwendung des Amnestiegesetzes wird fortgesetzt.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Nach den gewaltigen Erschütterungen, die unser Vaterland erlitten hat, will ich in Verbindung mit der Uebersicht über die Arbeiten der Reichsjustizverwaltung auf die großen allgemeinen Fragen eingehen, die unsere Justizverwaltung bewegen. Für absehbare Zeiten wird der Kampf, den Deutschland zu führen hat, ein Kampf unseres Rechts sein. Unser Rechtsleben ist zweifellos schwer erschüttert. Daher müssen die berufenen Stellen mit allen Mitteln an seiner Gesundung arbeiten. Vor allem muß die Gesetzgebung neue Bahnen einschlagen. Dringend notwendig ist ein Abbau der Kriegsgesetzgebung, denn die Ueberspannung der Gesetzgebung während des Krieges hat dazu beigetragen, das Recht dem Volke vollkommen zu entfremden. Man darf aber von der Gesetzgebung nicht zuviel erwarten. Die großen Justizgesetze stellen doch gewissermaßen nur das Knochengerüst für das gesamte Recht dar. Sie dürfen nicht übereilt werden. Gesetzgebung und Praxis müßten in engstem Zusammenhang arbeiten. Die Angriffe gegen unsere Gerichte und Richter beziehen sich zum wenigsten auf die Gesamtheit der freien Gerichtsbarkeit und der Ziviljustiz, vielmehr fast nur auf die Strafjustiz. Unter den Tausenden und Abertausenden von Strafurteilen können natürlich objektive Fehlsprüche vorkommen. Deswegen kann aber nicht die gesamte Justiz verdammt werden. Unser Richterstand ist unantastbar und dringt immer mehr in den sozialen Geist unserer Zeit ein. Besonderer Wert ist auf die Ausbildung der Juristen zu legen. Darum kann das Studium des Korpus juris nicht entbehrt werden. Wie Praxis und Wissenschaft zu verbinden sind, dafür gibt uns das Reichsgericht ein glänzendes Beispiel. Die Arbeiten des Justizministeriums sind zunächst auf die großen Reformen des Strafrechtes gerichtet. Die kürzlich erschienenen Entwürfe der Strafrechtskommission sind unter wesentlicher Mitwirkung des Reichsjustizministeriums entstanden. Unter Berücksichtigung der öffentlichen Kritik wird der amtliche Entwurf dem Parlament vorgelegt werden. Gleichzeitig wird ein neues Strafvollzugsgesetz vorgelegt werden. Auch bedarf das bürgerliche Gesetzbuch einschneidender Aenderungen, besonders auf dem Gebiete des Miets- und Dienstvertrages. Ein Reichsgesetz über die Stellung der unehelichen Kinder ist in Vorbereitung. Wie wir uns über die Einführung von Kleinaktien entscheiden werden, ist noch ungewiß. Die Entwürfe über das Recht des gewerblichen Eigentums, das Patentrecht u. a. bedarf der Umarbeitung. Eine neue Strafprozeßordnung liegt beim Reichsrat bereit, eine neue Zivilprozeßordnung ist in Vorbereitung. Die Gerichtsverfassung wird stark abgeändert werden. Ein Gesetz über die Jugendgerichtsbarkeit muß bald an den Reichstag gelangen. Mit der auswärtigen Politik ist die Justiz vor allem durch die Verfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher in Verbindung getreten. Es ist bemängelt worden, daß eine größere Zahl von Verfahren nicht zu Ende geführt worden ist. Man verkennt dabei aber die unerträglichen Schwierigkeiten der Erledigung. Die Angaben in der großen Auslieferungsliste wie auch in der sogenannten ersten Liste sind nicht so genau, daß mit diesem Material das Verfahren durchgeführt werden könnte. Darum mußten die Alliierten um Ueberlassung des Belastungsmaterials in jedem einzelnen Falle gebeten werden. Erst in Spaa wurde zwecks Vereinfachung des Verfahrens ein direkter Verkehr vereinbart. In einigen Fällen ist auf Ersuchen des Oberreichsanwalts das Material durch die Alliierten bereits zugestellt worden. Die Erwartung, daß nach Eingang dieses Materials in kürzester Frist die Entscheidung über die Erhebung der Klage fallen konnte, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Trotz aller Schwierigkeiten bin ich mit dem Oberreichsanwalt bemüht, die Durchführung möglichst zu beschleunigen und bin überzeugt, daß das Reichsgericht seinen Ruf, Hüter des Rechts zu sein, in vollem Maße wahren wird. Der Freispruch gegen den Oberleutnant Marloh ist von einem Kriegsgericht gefällt worden. Die Kriegsgerichte sind jetzt aufgehoben. Die deutsche Justizverwaltung hat auf sie keinen Einfluß gehabt. Die sogenannten Mörder von Thale sind durch Schwurgerichtsurteil freigesprochen worden. Ich habe nur den Wunsch, daß bei diesen Gerichten in Zukunft alle Bevölkerungskreise nach Möglichkeit beteiligt werden. In der Flensburger Angelegenheit ist das Ermittelungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingeleitet. Gegen den General Ludendorff hat sich kein Verdachtsmoment wegen Beteiligung am Kapp-Putsch ergeben. Auf das Geständnis des Husaren Runge hin ist das Ermittelungsverfahren gegen den Oberleutnant Vogel und die anderen Beteiligten eingeleitet worden. Gegen die „Staatsbürgerzeitung", die zu Verbrechen aufgefordert haben soll, ist gleichfalls das Ermittelungsverfahren eingeleitet. Den Erlaß des Ministers des Innern, wonach die Verwaltung ihre Aufmerksamkeit auf bolschewistische Bestrebungen zu richten hätte, halte ich für absolut pflichtgemäß. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Hauptmann v. Kessel ist durch einen Freispruch des Landgerichtes amnestiert worden. Oberleutnant Vogel, der gleichfalls amnestiert wurde, ist auch nicht vollständig frei. Das Kammergericht hat auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft den Beschluß des Landgerichtes aufgehoben. Bei dem Abschluß von Rechtsverträgen wird das Justizministerium intensiv beteiligt werden. Rechtsverträge mit Oesterreich sind in Vorbereitung. Ueberhaupt wird eine weitgehende Rechtsannäherung an Oesterreich möglich sein. Schließlich ist es Aufgabe des Reichsjustizministeriums, die kargen Rechte, die uns der Friedensvertrag läßt, in zäher juristischer Arbeit klarzulegen. Dadurch können der deutschen Volkswirtschaft ungeheure Werte gerettet, viel Unglück abgewendet werden. Die Höhe, auf der sich unsere Justiz befindet, bietet volle Gewähr dafür, daß sie in einem Geisteskampfe nicht versagt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Radbruch (Soz.): Ein Zug tiefer Verbitterung gegen unsere Justiz geht durch unser Volk (Lebhafter Widerspruch rechts), insbesondere durch die Arbeiterschaft. Die Klagen, die aus unseren Kreisen kommen, richten sich gegen die Strafjustiz. In allen Fällen, in denen ein Abgeordneter als solcher beleidigt wird, muß die öffentliche Klage erhoben werden. Redner möchte vom Reichsjustizminister wissen, ob denn überhaupt schon auch nur ein Kappverbrecher verurteilt worden ist. Können Sie, meine Herren von der Rechten, der langen Reihe ungeahndeter politischer Bluttaten gegen linksgerichtete Politiker usw. eine Gegenrechnung von ungesühnten Verbrechen gegen rechtsstehende Persönlichkeiten entgegenstellen? Der Fall der Marburger Studenten wird uns Anlaß geben, bei der Beratung des Reichswehretats eine Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch zu verlangen. Die Berufung der Schöffen und Geschworenen muß durch Verhältniswahlen erfolgen. Das volkswirtschaftliche und juristische Studium muß vereinheitlicht werden. Neben der Strafrechtsreform brauchen wir auch dringend eine Strafvollzugsreform. Zur Reform unserer Justiz gehört aber auch ein Parlament, das nicht nur kritisiert, sondern mitarbeitet und mitregiert. — Abg. Dr. Belt (Ztr.) tritt besonders für die Reform der Reichspatentgesetzgebung ein. Der Erfinderschutz muß erweitert werden. Nach zuverlässigen Mitteilungen ist bei dem Berufungsgericht in Landau ein Negeroffizier als Beisitzer tätig. Wir müssen schärfsten Protest dagegen erheben, daß ein Angehöriger der schwarzen Rasse über Deutsche zu Gericht sitzt. Was die Handhabung des Amnestiegesetzes angeht, so wünschen meine politischen Freunde vollständige Unparteilichkeit und Gerechtigkeit nach rechts wie nach links. Daß Richter Menschen sind, bei denen auch einmal Fehlurteile vorkommen, leuchtet ein. Von einer Klassenjustiz aber, von einer bewußten Zurücksetzung der Arbeiterklassen kann keine Rede sein. Man sollte lieber dafür sorgen, daß unser juristischer Nachwuchs der modernen Zeit angepaßt wird. Unsere deutsche Justiz und Rechtsprechung kann jeden Vergleich mit dem Auslande aushalten. Was die politischen Prozesse anlangt, so drängen sich die Gerichte nicht danach. (Widerspruch links.) In Beleidigungssachen kommt es den Beleidigten meistens weniger auf die Bestrafung als auf die Feststellung des Tatbestandes an. Am besten wäre es, wenn alle geplanten Reformen uns zusammen vorgelegt werden könnten. — Abg. Dr. Barth (D.-N.): Die Zeit scheint uns für die Durchführung der großen Gedanken des Ministers nicht recht geeignet. Die Angriffe auf den Minister und die Justiz sind unerhört. Die Marburger Studenten sind nur in selbstloser Vaterlandsliebe dem Rufe des Ministers gefolgt. Redner spricht sich gegen die Schaffung gehobener Richterstellen aus und verlangt einheitliche Richtlinien. Die Mitwirkung der Laien ist notwendig, aber nur beim Strafrecht, beim Zivilrecht ist sie nur in Ausnahmefällen möglich. Die Heranziehung der Frauen als Schöffen und Geschworene billigen wir. Redner tritt für eine Erweiterung der Amtsgerichte ein, lehnt die Arbeitergerichte ab und wünscht deren Angliederung an die Amtsgerichte. Die Amnestien sind kein Segen für unser Volk gewesen. Hier muß einmal Halt geboten werden.

Mittwoch: Weiterberatung, Vorlagen.

Zur Konferenz der Ministerpräsidenten

schreibt Eclaire, er sei nicht erstaunt über die Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen und französischen Sachverständigen. England sei eine maritime Macht, während Frankreich durch seine geographische Lage dem ersten Sturm eines vom Revanchegeiste erfüllten Deutschlands ausgesetzt sei. — L'Oeuvre sagt, Lloyd George habe nicht verheimlicht, daß er die Vorschläge Bergmanns konsultativ prüfen werde. Wenn dieser Wunsch allgemein werde, dann werde die Sitzung des Obersten Rates einen noch viel bedeutenderen Charakter annehmen, als man voraussehe. — Echo de Paris stellt fest, daß die Beratungen, die am Sonntag beim Präsidenten Millerand stattfanden, den Zweck hatten, das System der Pauschalsumme und das System der Reparationskommission miteinander in Einklang zu bringen. Es sei übrigens interessant, festzustellen, daß Briand das unangenehme des Systems der 5 Jahreszahlungen anerkannt habe und nunmehr dazu neige, 2 bis 3 Jahreszahlungen festzusetzen. — Petit Parisien schreibt, die deutschen Arbeiter sollten in den Nordbezirken nur zugelassen werden, soweit sie die französischen Arbeiter nicht schädigen und nur solche Produkte sollten eingeführt werden, welche der französischen Industrie keine Konkurrenz machen. — Journal verzeichnet die Nachricht, daß man, um Zeit zu sparen, die deutschen Sachverständigen vielleicht hören wolle. Diese Prozedur könne, wenn sie mit den nötigen Garantien versehen sei, Vorteile bieten. — Gaulois bedauert, daß die Orientfrage vor der Reparationsfrage verhandelt werden solle. — Homme libre bemerkt, daß das Schicksal Frankreichs zum großen Teil von der Entscheidung abhänge, die die Konferenz in der Reparationsfrage treffe. Ohne Entscheidung komme man zu keinem Ergebnis. Dann werde es im ganzen Lande eine große Enttäuschung hervorrufen, die einen Zornesausbruch zur Folge haben werde. — Figaro ist nicht damit zufrieden, daß man nicht sofort nach der Entwaffnungsfrage die Reparationsfrage besprechen wolle.

Nach den Vorträgen der englischen, französischen und italienischen Sachverständigen auf der Pariser Ministerkonferenz über die Lage Oesterreichs ist das Studium der Frage, wie Oesterreich zu helfen sei, einer kleinen Kommission überwiesen worden. Diese Kommission besteht aus dem französischen Minister Loucheur, dem Engländer Sir Robert Horne, der schleunigst nach Paris berufen worden ist, sowie dem Italiener Giannini. Die Beratung soll so beschleunigt werden, daß vor dem Auseinandergehen der Konferenz ein Beschluß gefaßt werden kann. Es sei im wesentlichen festzustellen, auf welche Art die Anleihe von 250 Millionen Dollars, die Oesterreich auf 5 Jahre gegeben wird, beschafft werden kann, ob durch Vermittlung der Banken oder durch direkte Hilfe der alliierten Regierungen. — Die gestrige Nachmittagskonferenz hat beschlossen, in allernächster Zeit in London eine Konferenz alliierter Delegierter einzuberufen, an der auch Griechenland und die Türkei teilnehmen sollen, um zu einer Regelung der Orientfrage zu gelangen.

Nach dem Journal des Debats hatten Lloyd George und Briand vor Beginn der gestrigen Sitzung eine private Unterredung. Lloyd Georges hatte außerdem vormittags den Finanzminister empfangen und im Laufe des Vormittags ebenfalls die Minister Loucheur und Doumer. Mit Lord d'Abernon und einer Reihe anderer Sachverständiger hatte er eine Unterredung über die Reparationsfrage. Als Gesamtentschädigungssumme werden 85 Milliarden festgesetzt werden.

Monatlich 2 Milliarden für die Besatzung der Rheinlande.

Graf Montgelas gibt im „B. T." auf Grund von Erkundigungen an unterrichteter deutscher Stelle eine eingehende Darstellung für die Kosten der interalliierten Besatzung für das Rheinland. Danach betragen die Aufwendungen der Verbandsmächte, die Deutschland zurückerstatten muß, im Monat durchschnittlich 1 Milliarde Papiermark. Dazu kommen die Aufwendungen, die Deutschland unmittelbar aus seinen Kassen bestreiten muß, in Höhe von 550 Millionen Papiermark. Dies ergibt eine Gesamtsumme von monatlich 2 Milliarden oder 24 Milliarden Papiermark jährlich Besatzungskosten. Als Ursache dieser phantastischen Zahlen bezeichnet Graf Montgelas die übermäßige Stärke der Besatzungstruppen und deren übermäßig hohen Gehälter. Im Rheinland stehen insgesamt 136 000 Mann Ententetruppen, während im Jahre 1914 der gleiche Raum von deutscher Seite mit 65 000 Mann belegt war. Einschließlich der französischen Truppen in Elsaß-Lothringen bewachen 200 000 Mann eine 470 Klm. lange Grenze gegen die deutsche Reichswehr, die nur 90 000 Mann Verpflegungsstärke einschließlich sämtlicher Nichtkombattanten zählt und im Osten eine 2000 Klm. lange Grenze gegen Polen und Bolschewisten schirmen muß. Für die fremden Besatzungstruppen bezahlt Deutschland in Gold umgerechnet 50 % mehr als im Jahre 1914 für sein gesamtes Landheer. Wenn die 15jährige Besatzungsdauer, die durch die von 5 zu 5 Jahren eintretende Verminderung einer 10jährigen Besatzung in dem bisherigen Umfange gleichgestellt wird, so beträgt die Gesamtsumme der Besatzungskosten 225 Milliarden Papiermark. Der vorurteilsfreie Historiker, so schließt Graf Montgelas, wird über den nationalökonomischen Unverstand den Kopf schütteln, der das einfache Mittel nicht sehen will, daß in einer vernünftigen Regelung der Besatzungsfrage mit einem Schlage die Regelung der ganzen Entschädigungsfrage ermöglicht werden könnte.

Tagesereignisse.

— **(Minister Gröner über das Eisenbahndefizit.)** Der Reichsverkehrsminister Gröner hob gelegentlich einer Aussprache über aktuelle Fragen auf dem Gebiete des Verkehrswesens in der Handelskammer in Hamburg hervor, das Defizit der Eisenbahnen rühre von der Ueberspannung in den Jahren 1914/18 her, wie Erscheinungen der Revolution, wie der Inflation am Personal sowie der Valutaverschlechterung. Eine konsequente Durchführung des Achtstundentages sei bei der Eisenbahn nicht möglich. Erfreulicherweise lasse sich eine erhebliche Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Willigkeit beim Eisenbahnerhöhung habe eine Steigerung der Einnahmen etwa um 10 Prozent gebracht. Ohne Tariferhöhung sei eine Deckung des Defizits nicht möglich. Redner verfolge den Plan, ganze Schlafwagenzüge mit größter Beschleunigung zwischen den großen Verkehrszentralen einzurichten. Als seine vornehmste Aufgabe betrachte er es, durch eine Reichseisenbahn- und Reichswasserstraßenverwaltung die überseelischen Beziehungen Deutschlands und speziell Hamburgs als Knotenpunkt des Weltverkehrs mit aller Kraft zu fördern.

— **(Ueues Protest gegen den Friedensvertrag.)** In London fand eine internationale Konferenz der Bergarbeiter unter dem Vorsitz von Robert Smillie statt. Deutschland war durch Hue und einen zweiten Delegierten vertreten. Diese protestierten gegen die Bestimmung des Versailler Friedens, die Deutschland verpflichtet, an Frankreich als Kriegsentschädigung Kohlen zu liefern. Der Kongreß der Bergarbeiter faßte eine Entschließung, wonach die Bergwerke in allen Staaten sofort verstaatlicht werden sollen. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, ihre ganzen Anstrengungen darauf zu richten, daß die Verstaatlichung so rasch wie möglich erfolgt.

— **(Die Polen unter sich.)** Die Warschauer Gazeta Warzawska bestätigt, daß schwere Mißhelligkeiten zwischen den Posener Polen und den Kongreß-Polen bestehen und teilt mit, daß die Posener Bevölkerung über die Beamten aus Kongreßpolen erbittert ist und auch das Verhalten der Offiziere aus Kongreßpolen ruft Erbitterung hervor. Wie der Warschauer Berichterstatter der Vossischen Zeitung meldet, hat zur Entfremdung der Bevölkerung des ehemaligen preußischen Teilgebietes die allzueifrige Unifizierung Polens beigetragen im Sinne des Grundsatzes „Wenn es im übrigen Polen bös aussieht und eine schreckliche Teuerung herrscht, so mag es auch in der ehemals preußischen Provinz bös aussehen und eine ebensolche Teuerung herrschen".

— **(Kapitän König verschollen.)** Wie aus Halle gemeldet wird, ist der Führer des ersten Handels-U.-Bootes Dr. ing. h. c. Kapitän König verschollen. Er war als Kapitän des Hochseefischdampfers Senator Michaelis in See gegangen. Das Schiff wird von der Hochseefischerei in Kuxhaven als verloren gemeldet.

— **(Fürst Eulenburg dauernd verhandlungsunfähig.)** Eine Anfrage in der preußischen Landesversammlung lenkte die Aufmerksamkeit wieder auf das noch immer schwebende Strafverfahren gegen den Fürsten Eulenburg, der wegen Meineides unter Anklage steht, den er im Jahre 1907 im Prozeß des Grafen Moltke gegen Maximilian Harden geleistet haben soll. Auf die Anfrage, mit der sich der Rechtsausschuß der Landesversammlung eingehend befaßt hat, erwiderte die Regierung, daß Fürst Eulenburg fortlaufend, insgesamt zwanzigmal auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht worden sei. Die ärztlichen Sachverständigen seien übereinstimmend zu der Ansicht gelangt, daß der jetzt 74 Jahre alte Fürst nicht verhandlungsfähig sei.

Westfalen und Rheinland.

Die Wahlen.

Kamen, 25. Jan. Zu den Preußenwahlen am 20. Februar veröffentlicht der amtliche „Preußische Pressedienst" ein Merkblatt für die Wähler, in dem es u. a. heißt: Gewählt wird am 20. Februar 1921 zum Reichstag in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein, zum Landtag in ganz Preußen, zum Provinziallandtag in ganz Preußen außer Berlin und Hohenzollern, zum Kreistag in allen Landkreisen außer Hohenzollern und denjenigen, in denen die Wahlen durch besondere Anordnung des Ministers des Innern ausgesetzt sind.

In Oberschlesien sind sämtliche Wahlen aufgehoben.

Wählen kann im allgemeinen nur der Wähler, der in die Wählerliste seines Wahlbezirkes eingetragen ist. Jeder Wähler muß also feststellen, ob er in diese Wählerliste eingetragen ist; er kann diese Feststellung persönlich machen oder durch einen Beauftragten vornehmen lassen. Die Wählerliste liegt vom 23. Januar ab mindestens bis zum 30. Januar zu jedermanns Einsicht auf. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, insbesondere, wer glaubt, zu Unrecht nicht eingetragen zu sein, kann Einspruch erheben. Der Einspruch muß bei der Gemeindebehörde schriftlich bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, in der Regel also spätestens am 30 Jan., erhoben werden. Der Einspruchserheber muß für die Richtigkeit seiner Behauptungen, soweit sie nicht offenkundig sind, Beweismittel beibringen.

Der Wähler kann im allgemeinen nur in dem Wahlbezirke wählen, in dessen Wählerliste er eingetragen ist. Wähler aber, die Inhaber von Wahlscheinen sind, können zum Landtag überall in Preußen, zum Reichstag überall in Ostpreußen oder Schleswig-Holstein wählen. Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen sind Wahlscheine nicht verwendbar. Der Wähler muß sich den Wahlschein selbst besorgen. Dies geschieht durch einen bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes zu stellenden Antrag. Ein solcher Antrag kann im allgemeinen am Tage vor der Wahl gestellt werden; nur in größeren Gemeinden kann die Entgegennahme solcher Anträge schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltage geschlossen werden.

Verlangen kann ein Wähler einen Wahlschein:

a) wenn er in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten — dazu zählen auch Wahlangelegenheiten — am Wahltag außerhalb seines Wohnortes sich aufhält oder ihn so frühzeitig verlassen muß oder an ihn so spät zurückkehrt, daß er dort nicht mehr wählen kann,

b) wenn er am Wahltag zu Kur- oder Erholungszwecken außerhalb seines Wohnortes sich aufhält,

c) wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder eines Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen,

d) auch wer nach Ablauf der Auslagefrist der Wählerliste seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt, kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen; er muß seinen Antrag an die Gemeindebehörde seines bisherigen Wohnortes richten.

In diesen Fällen ist Voraussetzung, daß man in der Wählerliste liegt. Ohne Eintragung in eine Wählerliste sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:

a) Wähler, die wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen waren, wenn der Grund hierfür nachträglich weggefallen ist,

b) Auslandsdeutsche, und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste ihren Wohnort in das Inland verlegt haben,

c) Wähler, die in die Wählerliste nicht eingetragen waren, aber nachweisen, daß sie ohne ihr Verschulden die Frist zur Einlegung des Einspruchs hiergegen versäumt haben.

Zuständig für die Ausstellung des Wahlscheines ist in allen diesen Fällen die Gemeindebehörde des Wohnortes. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheins muß auf Erfordern der Gemeindebehörde vom Antragsteller glaubhaft gemacht werden. Ueber seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme muß sich der Antragsteller oder Empfänger gehörig ausweisen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Wähler, daß sie mit der Einsichtnahme in die Wählerliste und der Beantragung der Wahlscheine nicht bis zum letzten Augenblick warten, sonst kommen sie unter Umständen zu spät und können von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Pflicht jedes Wählers ist es aber, sein Wahlrecht auszuüben!

*

Kamen, 26. Jan. **(Verschiedenes.)** Nach einer jüngst ergangenen **Reichsgerichtsentscheidung** ist ein Vertrag nicht anfechtbar, in dem der Spediteur seine Haftung für Verlust und Beschädigung der zu befördernden Sachen zum Teil ausschließt. Im gegenwärtigen Falle war in den „Umzugsbedingungen" die Bestimmung enthalten, daß die Haftung auf keinen Fall über die Transportkosten hinausgehen sollte. Das Reichsgericht führt dazu aus: Weiter ist in dem angefochtenen Urteil ausgeführt, durch die Bestimmung der Umzugsbedingungen, wonach die Haftsumme für Verluste und Schäden auf keinen Fall die Höhe der Transportkosten übersteige, werde die Haftung der Beklagten selbst dann beschränkt, wenn der Verlust erweislich von der Beklagten verschuldet wäre. Die Revision bekämpft diese Auffassung. Die Auslegung der Erklärung durch das Kammergericht ist jedoch nicht zu beanstanden. Für sie spricht der Wortlaut. Er bietet keinen Anlaß zu einer irgendwie einschränkenden Auslegung. Wie vielmehr das Kammergericht zutreffend betont, weist der scharfe Ausdruck, „auf keinen Fall" solle die Haftung über die Transportkosten hinausgehen, darauf hin, daß die Haftung der Beklagten in dieser Weise beschränkt werden sollte, soweit es zulässig war, so daß die Beschränkung nur für den Fall ausgeschlossen blieb, daß ein gesetzlicher Vertreter der Beklagten die Vertragspflichten vorsätzlich verletzte. Im übrigen sollte die gesetzliche Haftung der Beklagten aufgehoben werden, nicht nur, soweit sie sich aus § 429 HGB. ergab, sondern auch soweit sie auf den §§ 276, 278 BGB. beruht.

Die deutsche Mark stieg gestern in Holland auf 1990, in der Schweiz auf 935, in Frankreich auf 421, in Amerika auf 59,50 und in England auf 225.

(Wähler-Benachrichtigungen.) Für die am 20. Februar 1921 stattfindenden Wahlen erhält jeder Wähler von Amts wegen eine besondere Benachrichtigungskarte, die bei Ausübung der Wahl vorzuziehen ist und daher gleichzeitig als Legitimation dient. Aus dieser Benachrichtigung ist die zuständige Bezirks- und Listen-Nummer zu ersehen. Die Polizei-Beamten sind zurzeit mit der Zustellung dieser Karten beschäftigt und sollen die Wähler möglichst bis Donnerstag abend im Besitze der Benachrichtigungen sein. Sollte der eine oder andere eine solche Benachrichtigung nicht erhalten haben, so liegt es in seinem eigensten Interesse, sich diesbezüglich auf dem Einwohnermeldeamte zu erkundigen, wo bis einschließlich Sonntag abend 5 Uhr die Wählerlisten ausliegen.

(Für das Altersheim.) Wie wir in der Montag-Nr. bereits berichteten, überwies der Turnverein „Kaiserkrone" als Reinertrag seiner Theater-Aufführungen dem städtischen Wohlfahrtsausschuß die Summe von 512 Mk. zur Verwendung für das Altersheim. Auch die soz.-dem. Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung überreichte eine Spende von 75 Mk. zu dem gleichen Zwecke. Auch diesen edlen Spendern wird hiermit herzlichst gedankt. Durch derartige Ueberweisungen kann das Altersheim immer mehr und mehr ausgestattet werden zum Wohle der darin untergebrachten alten Leutchen.

Ein neuer Früh-Zug fährt vom 1. Februar ab zwischen Hamm und Dortmund, und zwar ab Hamm 6 Uhr vormittags, ab Kamen 6.20 Uhr und Ankunft in Dortmund 6.42 Uhr. Seit langer Zeit bemühen sich viele Kreise, besonders aber der Verkehrs-Verein, um die Einlegung eines Früh-Zuges, den die meisten Benutzer (Schüler, Angestellte usw.) wohl gern etwas später gelegt haben möchten. Technische Schwierigkeiten lassen dieses aber als schlecht durchführbar erscheinen.

(Keine Freigabe der Tabakeinfuhr am 1. Juli 1921.) Vor kurzem ging eine Notiz durch die deutsche Presse (auch die Kamener Zeitung berichtete darüber), daß die freie Einfuhr von Rohtabaken am 1. Juli 1921 zuzulassen und daß die Aufhebung aller Zwangswirtschaftsorganisation der Tabakindustrie einschließlich der Außenhandelsstelle vorzunehmen sei. Wie die uns vorliegende Nr. 6 der „Vereinigten Tabakzeitungen" hierzu schreibt, handelt es sich hierbei nur um einen Vorschlag des Reichswirtschaftsrates. „Der Reichswirtschaftsminister hat jedoch bekanntlich diese Forderung des Reichswirtschaftsrates abgelehnt mit der Begründung, daß er aus innen- und außenpolitischen, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen die freie Tabakeinfuhr nicht zulassen könne, insbesondere sei das wegen unserer Ernährung und der dazu nötigen Einfuhr nicht möglich". — Es ist daher mehr als zweifelhaft, ob die Regierung ihren Standpunkt ändern wird, um so mehr, als der Reichswirtschaftsrat immer noch als eine Körperschaft angesehen wird, die lediglich gutachtliche Funktionen hat. Sie hat auch weiter ausdrücklich erklärt, daß für die Aufhebung der Zwangswirtschaft kein Termin angegeben werden könne. Am 1. April 1921 tritt nun eine Erhöhung der Tabaksteuer in Kraft. Alle bei Herstellern und Händlern befindlichen Vorräte, die am 1. April bereits banderoliert sind, werden nicht nachversteuert. Nach diesen Mitteilungen der Tabakzeitungen werden Händler und Wiederverkäufer ihre Ansicht über den Bezug weiterer Tabakfabrikate sicherlich ändern.

(Beförderung der Bergmeister zu Bergräten.) Wie gemeldet wird, sind die Bergmeister der staatlichen Bergwerke, die früher den Titel „Berginspektor" führten, zu Bergräten ernannt worden.

Eine große Kundgebung gegen die Kommunalisierung soll am 31. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Dortmunder Gewerbevereinssaale stattfinden. Die Veranstaltung geht aus vom Verband der kaufmännischen Fachvereine, der Handels- und Gewerbekammer.

Bergkamen, 26. Jan. **Die Sparkasse**, welche das Amt Pelkum hier errichtete, hat selbständigen Spar- und Scheckverkehr und nimmt Steuer- oder sonstige Zahlungen zur Uebermittlung an. Die Kasse ist unter Nr. 105 251 beim Postscheckamt Köln angeschlossen.

Pelkum, 26. Jan. **(Tödlich verunglückt.)** Infolge des starken Sturmes wurde am Samstag nachmittag die Baubude des Bauunternehmers Wind, in der mehrere Arbeiter beschäftigt waren, eingedrückt. Das einstürzende Dach begrub die Arbeiter unter sich. Hierbei ist der 20jährige Arbeiter Jan Wenema aus Wiescherhöfen zu Tode gekommen. Die einstürzenden Balken hatten ihm die Brust eingedrückt, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat. Die anderen Arbeiter konnten sich aus dem Trümmerhaufen retten und sind mit einigen Hautabschürfungen davongekommen.

Horstmar, 26. Januar. **In der Bürgerversammlung**, in welcher die Eingemeindungsfrage Horstmars besprochen wurde, ergab sich nach der geheimen Abstimmung folgendes Resultat: Von 317 abgegebenen Stimmen lauteten 283 für Lünen, 31 für Horstmar und 3 für Derne. Damit dürfte das Geschick Horstmars entschieden sein.

(b) **Werl**, 25. Jan. **Ein reicher Kindersegen** wurde einer Familie zuteil. Dort wurde eine Frau von vier Knaben entbunden. Vorher waren schon vier vorhanden.

Buer, 25. Jan. **Ein frecher Raubüberfall** wurde am Samstag Abend kurz vor Ladenschluß in Buer-Erle verübt. Gegen 6½ Uhr abends kamen zwei Leute in den an der belebten Bismarckstraße unweit der Kirche gelegenen Geschäftsraum der Konsumanstalt „Wohlfahrt", zogen sich ihre Schals derart vors Gesicht, daß sie nicht zu erkennen waren, sprangen auf die beiden Verkäuferinnen zu und riefen: „Das Geld heraus!" Die Jüngere der beiden Verkäuferinnen ergriff weinend und schreiend die Flucht, während die ältere Verkäuferin, die gerade dabei war, die Tageseinnahme aus der Kasse in eine Ledertasche zu stecken, um Hilfe rief. Die Räuber zwangen die Verkäuferin durch Vorhalten eines Revolvers zur Ruhe, rissen der Verkäuferin die Ledertasche mit 4000 Mark Inhalt aus der zufällig offenstehenden Kasse und ergriffen die Flucht. Der ganze Vorgang spielte sich mit einer solchen Schnelligkeit ab, daß er von den Unbeteiligten nicht bemerkt wurde. Nachbarsleute haben nur gesehen, wie drei verdächtige Männer sich der Konsumanstalt näherten; während zwei von ihnen den Laden betraten, blieb der dritte draußen, wahrscheinlich um Schmiere zu stehen. Obgleich die Räuber entkommen sind, ist man ihnen auf der Spur und hofft, ihrer bald habhaft zu werden. Glücklicherweise war die Hälfte der Tageseinnahme, rund 4000 Mark, am Mittag schon zur Bank gebracht worden, sonst wären den Räubern wahrscheinlich 8000 Mark in die Hände gefallen.

((bu) **Buer**, 25. Jan. **Vor dem Schwurgericht** hatte sich der Schlosser Nikolaus Benedikt, einer der Rotgardisten, die in den bewegten Märztagen des Vorjahres das Essener Gerichtsgebäude stürmten und die Strafgefangenen befreiten, unter der Anklage des Raubes zu verantworten. Unter der Führung des Rotgardisten Alex Lauer war eine bewaffnete Abteilung in Stärke von 40 Mann zum Gefängnis gezogen, hatte sämtliche Gefangenen mit Einschluß der Schwerverbrecher befreit und nur die in schweren Kämpfen gefangen genommenen Mannschaften der grünen Polizei, die von den revolutionären Machthabern im Gerichtsgefängnis in einer Zahl von etwa 180 untergebracht waren, zurückgelassen. Als die Verteidigung im Laufe der Verhandlungen den Antrag stellte, ein Mitglied des damaligen revolutionären Vollzugsrats als Zeugen zu laden, erklärten Lauer, der als Zeuge aus dem Dortmunder Gerichtsgefängnis herbeigeschafft worden war, sowie mehrere andere aus der Haft vorgeführte ehemalige Führer der Rotgardisten, daß der gesamte damalige revolutionäre Vollzugsrat nach Holland geflüchtet und sich heute dort noch aufhalte, und zwar in Rotterdam. Weiter ergab die Beweisaufnahme die bemerkenswerte Feststellung, daß sich unter den Anführern der Abteilung, die das Gerichtsgefängnis erstürmte, auch der bekannte russische Bolschewisten-Agitator Radek befunden hat, der hernach mit Lauer zusammen das Kommando im erstürmten Gerichtsgefängnis geführt hat. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Raub und bejahten nur die Frage nach räuberischer Erpressung mit Waffengewalt unter Zubilligung mildernder Umstände. Demgemäß erkannte das Gericht auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Gefängnis beantragt.

Essen, 25. Jan. **(Fried. Krupp A.-G.)** Die seit langem schwebenden Verhandlungen zwischen Fried. Krupp und den Großgewerken Helene und Amalie haben vorläufig dazu geführt, daß ein erheblicher Posten von Kuxen zum Preise von 125 000 Mark pro Kux in den Besitz von Krupp übergegangen ist. Die Verhandlungen werden noch fortgeführt.

Solingen, 25. Januar. **Eine skandalöse Schlamperei in städtischen Betrieben** hat die Allgemeine Ortskrankenkasse festgestellt. Es fiel schon seit längerer Zeit die hohe Zahl der krank-

---

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

34. Fortsetzung.

Höflich machte er nun den Baron mit Ralf Jansen bekannt. Korff verneigte sich mit der ihm eignen, glatten Liebenswürdigkeit gegen Ralf, aber dieser neigte nur mit unbewegter Miene den Kopf.

„Es freut mich sehr, Ihre Bekanntschaft zu machen, Herr Jansen. Meine Kameraden und ich hätten das sehr gern schon lange getan, aber Sie leben so sehr zurückgezogen in Berndorf, daß sich dazu noch keine Gelegenheit geboten hat."

Ralf bezwang seine eifersüchtige Abneigung gegen Korff, so gut es ging.

„Ich habe durchaus keine Zurückgezogenheit beabsichtigt, Herr Rittmeister, aber ich habe meine Gesellschaft auch niemand aufdrängen wollen."

„Davon könnte doch niemals die Rede sein", erwiderte der Baron wieder sehr liebenswürdig.

Ralf zuckte leicht die Achseln.

„Es wäre aber ganz sicher die Rede davon gewesen, wenn ich versucht hätte, in Ihre Kreise einzudringen, denen ich nun einmal nicht angehöre."

„Ach, Herr Jansen, haben Sie sich noch immer nicht von dieser Ansicht bekehrt?" fragte Lisa Volkmann lächelnd.

„Nein, mein gnädiges Fräulein", erwiderte Ralf mehr ehrlich als fröhlich.

Lisa wandte sich mit einem schelmischen Lächeln an den Baron.

„Sie müssen uns helfen, Herrn Jansen umzustimmen. Wir haben es schon oft vergeblich versucht."

Ralf besann sich nun, daß er zu schroff gewesen war.

„Sie waren immer so freundlich bemüht, gnädiges Fräulein, mir eine andere Ansicht beizubringen. Aber das ist nicht so leicht."

„O, es wird sich mit der Zeit ganz von selbst machen."

„Meine Nichte hat recht, Herr Jansen. Sie werden eines Tages doch Ihre Zurückhaltung aufgeben, wenn Sie merken, daß keine Veranlassung dazu vorliegt", sagte Volkmann.

„Dieser Ansicht schließe ich mich an. Sie können nur glauben, Herr Jansen, daß man Ihnen von allen Seiten sehr liebenswürdig entgegenkommen wird, wenn Sie aus Ihrer Zurückhaltung hervortreten wollen", bekräftigte der Baron liebenswürdig.

Ralf verneigte sich nur stumm. Seine Abneigung gegen den Baron war zu groß, als daß er ihm gegenüber seine Zurückhaltung aufgegeben hätte. Aber gerade diese wirkte sehr angenehm auf Korff. Er wäre Ralf Jansen sehr gern etwas näher getreten, um sich seinen Kameraden gegenüber damit aufzuspielen, da diese mit dem Australier gern verkehren wollten.

Auf die Einladung der Hausfrau nahm man am Teetisch Platz.

Während die Unterhaltung im leichten Plauderton dahinfloß, beobachtete Ralf den Baron scharf. Es entging ihm nicht, daß dieser zuweilen mit Lisa Volkmann verstohlene Blicke wechselte, die ein heimliches Einverständnis vertreten. Das weckte einen ehrlichen Zorn in Ralfs Brust. Er hätte dem Baron in das nichtssagende lächelnde Gesicht schlagen mögen. Instinktiv fühlte er, daß der Baron Dagmar verraten hatte. Statt, daß er dieser in ihrer Not zur Seite stand, saß er hier und flirtete und kokettierte mit einer anderen, als hätte er das vollste Recht dazu.

Im Laufe des Gesprächs sagte dann Volkmann plötzlich:

„Herr Jansen hat mich heute in einer geschäftlichen Angelegenheit besucht, die alle Kreise lebhaft interessieren wird. Durch den plötzlichen Tod des Herrn von Schönau ist das Verhängnis schneller, als man denken konnte, über Schönau hereingebrochen. Schönau muß verkauft werden, um die Gläubiger zu befriedigen. Und Herr Jansen wird der künftige Besitzer von Schönau sein."

Ralf hatte seine Augen während dieser Worte fest auf Korffs Antlitz ruhen lassen. Er sah, daß dieser sich einen Augenblick leicht verfärbte, aber sonst eine ganz unbefangene Miene festhielt.

„Ach, Sie wollen Schönau kaufen, Herr Jansen?" fragte er.

Groß und ernst sah Ralf in seine Augen.

„Ja, ich kaufe Schönau."

Der Baron lächelte, ahnungslos, welche Gefühle Ralf gegen ihn hegte.

„Man weiß ja zur Genüge, daß der Besitzer von Berndorf ein sehr reicher Mann ist, der sich das leisten kann."

„Und Sie werden Berndorf mit Schönau vereinigen, Herr Jansen? Das wird dann ein riesiger Grundbesitz", warf Lisa ein.

„Für Herrn Jansen ist das sehr erfreulich. Aber mir tun doch die Schönauer Damen leid, die ihre Heimat nun verlieren und wahrscheinlich in recht unangenehme Verhältnisse kommen", bemerkte Frau Volkmann.

„Ach, Tantchen, du vergißt, daß Komteß Dagmar von ihrem verstorbenen Vater her ein großes Vermögen besitzt. Das ist doch allgemein bekannt. Und wie ich die Komtesse kenne, wird sie in großherzigster Weise mit ihrer Mutter u. ihrer Schwester teilen, damit diese nicht in Not kommen."

Ralf ließ seine Blicke nicht von Korff. Dieser hatte Mühe, ein Unbehagen zu verbergen. Nun erwiderte Ralf langsam:

„Sie irren, mein gnädiges Fräulein, Komtesse Riedberg besitzt keinerlei eignes Vermögen mehr, sie hatte alles, was sie besaß, ihrem Stiefvater gegeben, und dieser hat ihr Vermögen mit verbraucht."

„O wie schrecklich: Dann sind ja die Damen in einer sehr schlimmen Lage."

„Ja, mein gnädiges Fräulein, das ist allerdings der Fall", entgegnete Ralf, ohne den Baron aus den Augen zu lassen. „Die Damen sind hilflos aller Unbill preisgegeben, die diese Katastrophe für sie im Gefolge hat."

Volkmann legte die Hand auf seinen Arm.

„Die Damen wären noch hilfloser gewesen, wenn Herr Jansen nicht uns alle, die wir mit den Schönauer Herrschaften so freundschaftlich verkehrten, beschämt hätte. Als er erfuhr, daß die Damen in Not sind, hat er zum ersten Male seine Zurückhaltung aufgegeben und in edelster Weise Nachbarsrechte geltend gemacht, indem er den Damen seine werktätige Hilfe angeboten hat. Hut ab vor Ihrer vornehmen Gesinnung, Herr Jansen."

Ralf stieg jäh das Blut in die Stirn. Er war sehr verlegen.

„Ich bitte, dieser ganz selbstverständlichen Handlungsweise keine Wichtigkeit beizulegen. Von Dr. Härtling erfuhr ich von der Notlage der Damen, die von den rücksichtslosen Gläubigern bedrängt wurden. Ich meine, da darf sich kein Mann besinnen, zu Hilfe zu eilen, selbst wenn er der Familie ganz fern steht. Dr. Härtling sagte mir, daß den Damen jeder männliche Schutz fehle — ich weiß ja nicht, ob ihnen jemand nahe genug steht, um für sie einzutreten. Es scheint nicht so, da ihnen niemand helfend zur Seite trat. So bot ich meine Hilfe an als etwas Selbstverständliches. Das ist alles."

Ralf hatte diese Worte mit besonderer Absicht gewählt. Und er sah sehr wohl, daß es in Korffs Gesicht zuckte. Getroffen hatten seine Worte, aber der Baron verlor doch nicht die Gewalt über sich. Er vermochte ganz ruhig und gleichmütig zu sagen:

„Soviel ich weiß, haben die Schönauer Damen keine männlichen Verwandten. Es ist jedenfalls sehr anerkennenswert von Ihnen, Herr Jansen, daß Sie sich der Damen angenommen haben."

Ralf warf den Kopf zurück.

„Ich lege keinen Wert auf diese Anerkennung, Herr Rittmeister. Pflichterfüllung ist mir immer selbstverständlich, ganz gleich, welche Art der Pflichterfüllung es ist. Ich betrachte es wenigstens als die Pflicht jedes Mannes, schutzlosen Frauen zu Hilfe zu kommen."

Scharf und klar kam das über Ralfs Lippen. Er wollte Korff treffen, und er hatte ihn getroffen, daß merkte er daran, daß der Baron jäh die Farben wechselte. Dieser wußte natürlich nicht, daß Ralf Jansen seine Worte mit Absicht gewählt hatte und durfte sich nicht anmerken lassen, daß er sich getroffen fühlte.

Volkmann und seine Damen hatten ein wenig betroffen in Ralf Jansens Gesicht geblickt, als sie seinen scharfen Ton hörten. Aber dieser griff nun schnell ein anderes Thema auf und verwischte den Eindruck wieder.

Bald darauf empfahl er sich. Es war ihm nicht möglich, länger ruhig zuzusehen, wie der Baron mit Lisa Volkmann verstohlene Blicke tauschte.

Er dachte an Komteß Dagmar. Für ihn war es zweifellos, daß sich der Baron um Lisa bewerben würde, ja, daß sie ihm bereits im Geheimen ihr Jawort gegeben hatte. Wenn die Komtesse das erfuhr, dann mußte sie bis ins Herz getroffen werden, dann wurde der Verrat des Barons offenbar, wenn sie bis dahin im Zweifel geblieben war. Dann würde sie bittere Schmerzen leiden müssen, vor denen er sie nicht bewahren konnte.

Ein schmerzlicher Grimm tobte in seiner Brust. Er hätte Korff mit seinen Händen schütteln und würgen und ihn züchtigen mögen, wie es einem ehrlosen Verräter gezieme. Und weil er das nicht durfte, weil er kein Recht hatte, in dieser Sache für Komteß Dagmar einzutreten, deshalb trieb es ihn fort aus Korffs Nähe. An sich selbst dachte er nicht. Er war ein Mann und würde seiner Liebe Herr bleiben. Aber, daß die Komtesse unglücklich werden mußte, schmerzte ihn mehr, als das eigne Leid.

Hastig verabschiedete er sich und verließ die Villa Volkmann.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

gemeldeten städtischen Arbeiter und Hilfsangestellten auf; die Kasse stellte nun fest, daß von den 723 städtischen Arbeitern und Angestellten im Durchschnitt 109 oder 15,01 % krank sind, während die Krankheitsziffer der übrigen Kassenmitglieder nur 3,51 beträgt. In einzelnen städtischen Betrieben sind regelmäßig über 20 % der Beschäftigten „krank" gemeldet, bei der Straßenbahn, deren Verluste von Monat zu Monat steigen, und beim Heizmittelamt sogar über 27 %. Diese hohen Krankheitsziffern sind auf mangelnde Kontrolle und auf den Umstand zurückzuführen, daß die Stadt seit Beginn der „neuen Aera" den städtischen Arbeitern den vollen Lohn weiterzahlt und daneben auch das Krankengeld gewährt wird. Die Ortskrankenkasse will nun von der Stadt höhere Beiträge für die städtischen Arbeiter haben.

„-" **Duisburg**, 21. Januar. **(Auch ein Streikgrund.)** Eine hiesige Speditionsgesellschaft hatte, wie der „Köln. Ztg." geschrieben wird, Rohzucker zu leichtern, da die betreffenden Kähne wegen des niedrigen Wasserstandes mit voller Ladung zum Oberrhein nicht fahren konnten. Den Beamten dieser Gesellschaft war es aufgefallen, daß die Arbeiter, die mit der Ueberladung betraut waren, Zucker für sich beiseite schafften, und sie ließen nun durch die Polizei eine Durchsuchung abhalten. Der von den Polizeibeamten gefundene Zucker wurde den Arbeitern abgenommen, worauf diese geschlossen die Arbeit niederlegten.

Duisburg, 25. Jan. **(Verreichlichung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen.)** Im Duisburger Rathaus fand am Freitag eine Versammlung statt, die sich mit der Uebernahme der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen auf das Reich befaßte. Die Meinungen waren geteilt, doch sprach sich die Mehrzahl der Vertreter für die Verreichlichung aus. Oberbürgermeister Dr. Jarros machte an die Zusage eine Reihe Vorbehalte, die der Stadt Duisburg vor allem einen Einfluß auf den abzuschließenden Vertrag zusichern sollen. Minister Oeser betonte im Schlußwort, noch keine endgültige Stellung nehmen zu können, da erst die Verhältnisse bezüglich der anderen Häfen geklärt werden müßten.

** **Düsseldorf**, 25. Jan. **(Ein Attentat gegen ein Weinlokal.)** Sonntag abend wurde gegen ein Weinlokal in der Königsallee eine Handgranate geworfen. Es wurde ein Laufbursche verletzt. Sonstiger Schaden wurde nicht angerichtet. Der Täter ist unerkannt entkommen.

** **Köln**, 21. Jan. **(Polizeibericht.)** In einer Pressekonferenz teilte der Vertreter des Polizeipräsidiums, Regierungsrat Koch, in einem Jahresrückblick auf die Tätigkeit der Kölner Polizei mit, daß in Köln die Kriminalpolizei im Jahre 1914 rund 27 000, 1919 rund 65 000 und 1920 rund 99 700 Eingänge bearbeitet hat. Nach einer statistischen Aufnahme sind für die Zeit vom Juni bis November im Durchschnitt monatlich 3500 neue Verbrechen und Vergehen zur Anzeige gebracht. Davon entfallen rund 100 bis 120 Fälle auf die allgemeingefährlichen Verbrechen, wie Mord, Verbrechen gegen das keimende Leben, die in letzter Zeit in erschreckender Weise zunehmen, usw. Bemerkenswert war auch der Hinweis, daß die Zahl der Weinlokale, sogenannte Schieber- und Schlemmerlokale in der Kölner Altstadt um 25 Prozent gegen früher zugenommen hat. Besonders auffallend sind auch die ungeheuer anwachsenden Versäumnisse der Fortbildungsschule, die von 8 Prozent auf 50 Prozent gestiegen sind. Wie Köln allmählich eine internationale Stadt wird, drückt sich darin aus, daß zurzeit 15 000 Zivil-Ausländer in Köln angemeldet sind.

Italien für Deutschlands Wiedererhebung.

(TU) **Paris**, 25. Jan. Die Haltung Italiens in der Wiedergutmachungsfrage gründet sich auf den gesunden Sinn der Staatsmänner, die vorurteilslos sind. Nach ihrer Ansicht muß Deutschland geholfen werden, damit es sich wieder erheben kann. Bezüglich der russischen Frage geht die Meinung Giolittis dahin, daß man das russische Experiment ruhig bis zu seiner Bankerotterklärung gehen lassen sollte, die unvermeidlich sei.

Vor einer Verständigung im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

(TU) **Halle a. S.**, 25. Jan. Am Sonntag fanden im mitteldeutschen Braunkohlengebiet Verhandlungen der Bergarbeiter in den einzelnen Revieren statt, um zu dem kürzlich gefällten Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Sechs Reviere haben sich für die Annahme erklärt, während eins ihn ablehnte. Gestern fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt. Man hofft zu einer Verständigung zu kommen.

Schwere Wirtschaftskrise in der Schweiz.

(TU) **Genf**, 25. Jan. Der unnatürlich hohe Stand der schweizerischen Währung beginnt für das Land gefahrvoll zu werden und hat bereits eine schwere Wirtschaftskrise hervorgerufen. Wie der Bundespräsident im Ständerate mitteilte, beträgt das Defizit der Handelsbilanz eine Milliarde. Die Ausfuhr sinkt. Die Einfuhr aus dem Auslande steigt täglich. Die Gesamtindustrie liegt darnieder. In den großen Städten mehrt sich täglich die Zahl der Arbeitslosen. Die Einfuhr fremder Waren soll zum Schutze der einheimischen Industrie eingeschränkt werden.

Zunehmende Arbeitslosigkeit im Auslande.

Der „Neuyork Herald" berichtet: Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten nimmt einen katastrophalen Charakter an. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 2,8 Millionen. Am schwersten ist die Textil- und Autobranche betroffen. Die Autofabriken von Henryford sind geschlossen worden. 60 000 Arbeiter mußten allein hier entlassen werden. In drei Staaten des Nordwestens sind bis Mitte Januar 170 Geldinstitute zusammengebrochen.

Zuviel Frauen in öffentlichen Aemtern.

Der englische General William Roberson führte aus, daß die große Arbeitslosenkrise zum größten Teil darauf zurückzuführen sei, daß noch immer zu viel Frauen in den öffentlichen Aemtern angestellt seien, während ehemalige Krieger keine Arbeit finden konnten. Im Kriegsministerium seien 2158 Frauen angestellt, während 200 000 einstige Krieger arbeitslos sind, im Marineministerium 2483 Frauen, im Pensionsministerium 13 807, im Finanzministerium 5674, im Arbeitsministerium 608 Frauen. Im ganzen sind in England 113 347 Frauen in öffentlichen Stellungen, davon allerdings 62 088 Postbeamtinnen.

Wegen der unnachgiebigen Haltung der englischen Gewerkschaften bezüglich der eventuellen Herabsetzung der englischen Löhne hat die englische Regierung jede Einmischung in diese Frage nunmehr aufgegeben. Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkte, daß die Lohnherabsetzung keinesfalls die Arbeitslosigkeit eindämmen würde. Im Gegenteil, die Verminderung der Löhne würde den Arbeitern verwehren, vieles einzukaufen. Da aber die Arbeiter die Mehrheit der Verbraucher bilden, würde eine Verminderung der Löhne nur die Wirtschaftskrise noch verstärken.

Weitere Nachrichten.

— **(Aufstand gegen die Bolschewisten in Sibirien.)** Wie „Berlingske Tidende" aus Helsingfors erfährt, werden die Gerüchte bestätigt, daß die Bauern in Sibirien und Kurdistan zu den Waffen greifen, um sich von dem bolschewistischen Joch zu befreien. Aus dem Nordkaukasus wird gemeldet, daß die Bergbewohner die Eisenbahnlinie Kielsar—Proklainajd besetzt haben und jetzt gegen die Stadt Vlade im Kaukasus vorrücken.

— **Rauhreif und Sturm an der Ostsee.** Infolge Rauhreifs ist der größte Teil der Fernsprechleitungen mit dem Deutschen Reiche und Polen unterbrochen. Verbindungen mit Berlin, Hamburg, Memel Warschau, Breslau und Posen sind zur Zeit unmöglich. — Ein schwerer Nordweststurm hat in der vorletzten Nacht in Königsberg und in ganz Ostpreußen in den Wäldern erheblichen Schaden angerichtet. Die Pregelwiesen sind überschwemmt, die Züge treffen mit Verspätungen ein.

— **Sturmflut auf Sylt.** Durch eine Sturmflut auf der Insel Sylt ist Sonntag nachmittag 5½ Uhr die Kurpromenade und der Musikpavillon eingestürzt. Die Sturmflut unterspülte die Fundamente. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark.

— **Heinrich Sklarz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.** Vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I hatte sich Samstag der Kaufmann Heinrich Sklarz wegen Beamtenbestechung und Beleidigung zu verantworten. Es liegt dieser Anklage der Fall des Zigarrenkaufs bei den Truppen des Regiments Reichstag zugrunde. Die Anklage wirft Heinrich Sklarz vor, daß er dem Zahlmeister für die Herausgabe der Rechnung und das Unterbleiben der Meldung eine Stellung im Polizeipräsidium versprochen habe. Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird wegen Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Hinsichtlich der Beleidigung sei der Sachverhalt nicht genügend geklärt. In dem ersten Prozeß wegen Beamtennötigung, über den wir berichteten, wurde Sklarz auf Grund des Amnestiegesetzes nur zu Geldstrafe verurteilt.

— **Ein vereitelter Kassenraub.** Durch das entschlossene Eingreifen des Direktors Pfister von der Kaltgewerkschaft „Heygendorf" in Thüringen mißlang ein schwerer Ueberfall auf die Kasse dieser Gewerkschaft. Freitag abend, als der Direktor mit vier seiner Beamten noch arbeitete, drangen plötzlich zehn mit Revolvern bewaffnete und maskierte Männer in das Bureau. Direktor Pfister warf sich sofort auf den nächststehenden Banditen und suchte ihm den Revolver zu entreißen. Darauf schoß ein zweiter Räuber auf den Direktor, verwundete aber nicht diesen, sondern seinen Complicen. Jetzt ergriff die ganze Bande die Flucht, wobei sich zwischen ihr und den Leuten der Belegschaft ein heftiges Feuergefecht entwickelte. Dicht bei dem Schacht wurde einer der Banditen später sterbend aufgefunden, während vier andere Täter verwundet bei dem Ort Allstädt verhaftet werden konnten.

— **Ein Einbruch in die Stadtkasse zu Bramsche.** Aus Osnabrück wird berichtet: In der Nacht zum 23. ds. Mts. wurde ein Einbruch in die Stadtkasse zu Bramsche verübt. Den Einbrechern sind 120 000 Mk. in Wertpapieren und 45 000 Mark Bargeld in die Hände gefallen. Die Täter sind noch unbekannt.

— **Räuberischer Ueberfall.** Laut „Schaumb. Ztg." wurde in Hessendorf bei Rinteln ein schwerer räuberischer Ueberfall verübt. Dort drangen vier bewaffnete Banditen in das Anwesen des Schneiders Heinrich Vogt ein. Sie hielten Vogt unter Drohungen im Bett fest und raubten währenddessen das ganze Haus aus. Es fielen ihnen in die Hände sämtliche Kleidungs- und Wäschestücke, Fleisch, Brot, Eier usw., 114 Mark bares Geld und 21 000 Mark in Wertpapieren. Die Räuber, vier junge Leute von 20 bis 30 Jahren, packten die Beute in Säcke und verschwanden dann.

— **Der Mord an dem Inder.** Das Kapitalverbrechen, das, wie berichtet, in Berlin an dem Inder Schubteo Singh verübt worden ist, schemt jetzt seiner Aufklärung entgegenzugehen. Die eingehende Untersuchung hat eine aufsehenerregende Wendung genommen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden die Schwiegereltern des ermordeten Singh, der Tischlermeister Ernst Becker und seine Frau Marie, sowie ihre Tochter Hildegard, die Ehefrau Singhs, verhaftet und in den Gewahrsam der Kriminalpolizei gebracht. Alle drei waren von Kriminalkommissar Kuhn und Bezirksobermachtmeister Seinemeyer sehr eingehend vernommen worden. In ihren Aussagen fanden sich Widersprüche, zu deren Aufklärung dann noch Einzelvernehmungen stattfanden. Das Ergebnis der Vernehmungen und der Befund am Tatorte hat so belastende Momente ergeben, daß sich die Staatsanwaltschaft zur Erlassung des Haftbefehls veranlaßt sah. — Weiter wird gemeldet, daß der Chauffeur Max Arnold in Lichtenberg verhaftet worden ist. Mit ihm wurde sein Freund, der Schlosser Paul Corwin, unter dem Verdachte der Beihilfe verhaftet. Arnold war der Geliebte der Frau Shing, die das Geständnis abgelegt hat, daß Arnold ihr zuliebe ihren Mann umbringen wollte.

— **Schweres Unglück auf dem Flugplatze.** Wie aus München gemeldet wird, fuhr in Garmisch-Partenkirchen ein Rumplerflugzeug beim Start in die Menge. 2 Zuschauer wurden getötet und 3 Schulkinder, darunter eines lebensgefährlich verletzt.

12 weitere Opfer der Schlagwetterkatastrophe.

(TU) Die Zahl der Opfer der Schlagwetterexplosion im Friedensschacht hat sich bis gestern nachmittag 2 Uhr auf 50 erhöht. Von den 26 Verletzten sind noch 12 ihren schweren Verletzungen erlegen. Zwei Familien wurden je beide Ernährer — Vater und Sohn — geraubt. Welche Kraft die Explosion besaß, geht u. a. daraus hervor, daß gefüllte Kohlenwagen an die Schachtwand gedrückt wurden. Starke Pfeiler wurden wie Streichhölzer umgeknickt. Es hat in Oelsnitz große Befriedigung hervorgerufen, daß der Ministerpräsident Buck sofort nach dem Bekanntwerden des Unglücks eine große Summe zur Linderung der augenblicklichen Not der Hinterbliebenen aus dem ihm zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds überwiesen hat.

Kleine Nachrichten.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Breslau werden in den nächsten Tagen in Oberschlesien 5000 Italiener zur Grenzbewachung gegen Polen eintreffen.

Der Strafsenat des Kammergerichts hat der Beschwerde des Anklagevertreters gegen die Entscheidung des Landgerichts, die die Amnestierung des Oberleutnants Vogel ausspricht, Folge gegeben. Da diese Entscheidung endgültig ist, bleibt das gegen Vogel ausgesprochene Urteil bestehen.

Nach einer Verfügung des preußischen Justizministers werden Frauen, die die erste juristische Staatsprüfung bestanden haben, nunmehr zum Referendar ernannt werden, doch dürfen Personen weiblichen Geschlechtes zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Staatsanwaltes oder eines Gerichtsschreibers, sowie zur Vertretung eines Rechtsanwaltes nicht zugelassen werden.

Nach einer Blättermeldung aus Danzig hat der Parteitag der Unabhängigen mit 75 gegen 9 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale und die Verschmelzung mit der kommunistischen Partei beschlossen.

Die Insassen des Russenlagers zu Gardelegen sind in einen Hungerstreik getreten. Sie wollen durch diese Maßnahme die Abberufung eines ihnen mißliebigen Lagergeistlichen erzwingen.

Der Brüsseler „Soir" meldet: Die Gemeinden von Brüssel, Antwerpen und Löwen haben die Regierung dringend ersucht, ein zehnjähriges Niederlassungsverbot für Deutsche in Belgien zu erlassen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 26. Jan. Erwiderung auf das Eingesandt in Nr. 17 der „Kamener Zeitung", betitelt „Elektrizitätswerk Kamen". In der Annahme, daß unsere Firma auf Zeitungsartikel, dessen Verfasser zu feige ist, seinen Namen darunter zu setzen, nicht antwortet, so erlauben sich die Unterzeichneten einige Worte auf die unwahren und unsachgemäßen Ausführungen zu erwidern. Inwieweit unsere Firma ihren Vertragsverpflichtungen nachkommt bezw. nachzukommen hat, entzieht sich unserer Kenntnis, glauben aber sicher annehmen zu dürfen, daß der Verfasser des Artikels keine Angst zu haben braucht, daß unsere Firma die eingegangenen Verpflichtungen nicht korrekt erfüllt. Der Artikelschreiber hat sich scheinbar seine unwahren Aeußerungen am warmen Kamin zurecht gemacht, während wir schon wochenlang draußen bei Sturm und Regen, fast jeden Tag bis auf die Haut durchnäßt, „produktive" Arbeit leisten müssen und warum, weil es die maßgebenden Leute — auch der Artikelschreiber — verstanden haben, den Auftrag in der denkbar schlechtesten Jahreszeit ausführen zu lassen. Daß bis heute statt 3 Anschlüsse deren 25 fertiggestellt sind, wovon aber die meisten noch auf die Fertigstellung der Installation warten, möchten wir hiermit festgestellt haben. Die Fertigstellung der Installation wurde lange infolge der zuerst verlangten Abnahmegebühren zurückgehalten. Ferneres weiß der Artikelschreiber scheinbar nicht, letzteres aber sicher — aber quatschen muß er doch. Besser wäre es, er würde uns die enormen Schwierigkeiten, die uns sowohl in technischer, wie in materieller Hinsicht täglich von einer Menge von Querulanten bei der Ausführung unserer Arbeiten in den Weg gestellt werden, beseitigen. Dieses wäre produktive und lobenswerte Arbeit. Aber dessen ungeachtet werden wir täglich an den uns zugewiesenen geeigneten Stellen produktive Arbeit leisten. Zum Schlusse bemerken wir noch, daß wir auf jede weitere Ausführung in der Zeitung keine Antwort mehr geben, sondern nur unsern Teil denken.

Hubert Brummel, Obermonteur,
und sämtliche Monteure.

Kind in Not!

Kamen, 26. Jan. Bei einer Familienfeier der heimgekehrten Kriegsgefangenen in Kamen sammelten Frau und Herr Oskar Gärtner für das notleidende Kind 175 Mk. Diesen Betrag erhalten zu haben, bescheinigt

Der Ausschuß für Kinderhilfe.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Der Futterhafer ist bei der Firma Ostermann eingetroffen und kann dort für 1 Monat in Empfang genommen werden.

Ausgabe neuer Brotmarken am Donnerstag, den 27. ds. Mts., vormittags von 10½ bis 12 Uhr, im Saale des Wirts Husemann, Eingang Kampstraße. 426

Für Lungenkranke werden am Donnerstag, den 27. ds. Mts., je 250 Gramm Butter zum Preise von 26 Mk. das Pfund verausgabt.

Die Ausgabe des Krankenbrotes erfolgt von Dienstag, den 1. Februar ab, bei dem Bäckermeister August Böcker, Westfstr. 46 b, und

Die Ausgabe des Kinderzwiebacks ebenfalls vom 1. Februar ab bei dem Bäckermeister Otto Hilboll, Westfstr. 31, in der bisherigen Weise. 443

Persil Persil

wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bergkamen.

Die Sparkasse des Amtes Pelkum
(Nebenstelle Bergkamen)
hat selbständigen 436
Spar- u. Scheckverkehr.
Steuern und sonstige Zahlungen können dort erledigt werden.
Postscheckkonto Cöln 105251.

Gegen Bartflechte,
Schuppenflechte, Hautausschlag
verwendet man mit bestem Erfolg Creme **„Verden"**, seit 1906 unstreitig das beste Hautpflegemittel. Nehmen Sie nichts anderes. Große Dose Mk. 10.— franko gegen Nachnahme durch die General-Vertretung **Vendin u. Co.**, Dortmund I, Schließfach 470 K.
Preisliste über hygien. Artikel gratis und franko. 380

Billiges Angebot!
Ia. dicker fetter Speck
feinstes Schmalz
reines Nierenfett
Pfund nur 16.00 Mark,
bei 10 Pfd. 15.50 Mark.
Metzgerei
Rich. Ebbinghaus
Kämerstrasse Nr. 25. 437

Günstige Kapitalsanlage!
Das Grundstück in Kamen, Kreis Hamm, gelegen an der Lünenerstraße Nr. 39, mit aufstehendem 396
Wohnhaus
nebst Stallungen und anschl. Bauplätzen
gegenüber der Zeche Monopol, Schachtanlage Grillo, ist zu verkaufen. Das Grundstück ist, da im Anschluß daran eine Zechenkolonie im Bau begriffen, so günstig gelegen, daß jeder Geschäftsbetrieb in rentabeler Weise begonnen werden kann.
Kaufliebhaber wollen sich mit Preisangebot unter **Nr. 272 Postschließfach Bielefeld** melden.

Speise-Kartoffeln 434
wieder eingetroffen und empfiehlt
Engelbert Goselwitz
(Fr. Mork Nachfl.)
Oststraße 27 Telefon 149



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern abend 7 Uhr nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante,

Frau Wilhelm Ruckebier

Emma geb. Bennemann

im 45. Lebensjahre zu sich zu nehmen in die Ewigkeit.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Ruckebier und Kinder.

412

Kamen, Oberaden, den 25. Januar 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Klosterstr. 13, aus statt. Kranzspenden sind im Sinne der Verstorbenen verbeten.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 7½ Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Sohn, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den Invaliden

Wilhelm Stoltefuss

nach langem, schwerem Leiden, im 55. Lebensjahre zu sich in den Himmel zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bergkamen, Lanstrop, Bönen, Altenbögge und Hamm, den 24. Januar 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause Bergkamen aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 441

Nachruf.

Jäh und unerwartet verschied am vorgestrigen Sonntag der langjährige Leiter unserer Handwerkerfortbildungsschule, der

Herr Rektor Wilh. Steube

Neben der Volksschule, war es insbesondere unsere Handwerkerschule, deren Ausbau und Förderung er sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte. Seine schlichte und einfache Wesensart, seine Pflichttreue und nie versagende Hilfsbereitschaft sichern ihm bei uns ein ehrendes Angedenken weit über das Grab hinaus. 428

Der Vorstand der vereinigten Handwerker-Innungen Kamen i. W.

Kamen, den 25. Januar 1921.

Nachruf!

Am Sonntag, den 23. d. Mts. verschied plötzlich der Leiter der hiesigen gewerbl. Fortbildungschule

Herr Rektor Steube.

Der Verstorbene hat stets sein Können und Wollen der Schule gewidmet und sich aus innerer Ueberzeugung und mit großer Liebe der Ausbildung des Handwerkernachwuchses hingegeben.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren. 435

Das Lehrerkollegium der Städt. gewerbl. Fortbildungsschule zu Kamen.

Billige Baumwollwaren

Hemdentuch	starkfädige Qualität	Meter	12.75
Hemdentuch	besonders preiswert	Meter	14.75
Kräftiger Rohnessel	80 cm breit .	Meter	12.75
Rohbiber	weich und kräftig	Meter	16.75

F. W. Heineke, Kamen.

427

Elektrotechn. Installationsgeschäft

Carl Fluhme

Telephon 198 Bergkamen

Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Elektro-Motore in jeder Spannung und Stärke ab Lager oder sofort ab Fabrik lieferbar.
— Fabrikat Simens-Schuckert. —
Sämtliche Beleuchtungskörper und Ersatzteile Osram- u. Wotan-Birnen von 10-4000 K ab Lager
Motore können im Betrieb vorgeführt werden.

Konzessionsfert b. **Städt. E.-W. Dortmd., Verbands-Elk.-Werk Dortmd., Städtischem E.-W. Kamen.** 438

Reinigen Färben
Umpressen
von alten Hüten 97
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55.

Sonderangebot! 445

Vorzügliches **Seifenpulver**

solange der Vorrat reicht Pfund **2.90** Mk.

Nagel & Co., Weststr. 76.

1921

Bagels Schreibkalender, Geschäftskalender, Terminkalender, Wochenabreißkalender, Wandkalender,

empfiehlt

die Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Nicht in eigener Werkstatt

aber von 13.50 Mk. an bekommen Sie bei mir einen Hut sauber und gut umgepreßt. — Lieferung in ca. 8–10 Tagen.

W. Meckfessel
Kamen. 444

Fast neuer Knaben-Anzug f. Konfirmation u. Kommunion geeignet, passend für das Alter von 10—14 Jahre, umständeh. preisw. zu verkauf. Weststr. 25, 2. Etg.

Trauerdrucksachen liefert **die Buchdruckerei der Kamener Zeitung**

Ev. Frauenhülfe Kamen.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes 446

Frau W. Ruckebier

findet am **Freitag, d. 28. Januar 1921, nachmittags 3¾ Uhr,** vom Trauerhause, Klosterstr. 13, aus statt. Unsere Mitglieder werden gebeten, sich daselbst zu versammeln.

Der Vorstand.

Runkeln, gelbe Wurzeln,

empfiehlt billigst p438

Engelbert Goselwitz (Frdr. Mork Nachf.)
Oststraße 27,
Telephon 149.

Eheleute
Hygienische Bedarfsartikel all. Art, Gummiwaren etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. **E. Becker, Dortmund,** I. Kampstraße 126, 2. Etg., direkt am Körnerplatz, 5 Minut. v. Hauptb.

Neuer Anzug
billig zu verkaufen für große starke Figur.
Wilhelm Busche,
Schneidergeschäft,
Bergkamen, Höterstr. 11.

Zum 15. Februar oder 1. März ein 439

Mädchen

für alle Hausarbeit nach **Hilden b. Elberfeld** gesucht
Näheres bei
Frau Stadtbaumeister Kemna, Dortmunderstr. 90.

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit gesucht. 399
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Suche für sofort bei guter Behandlung ein 422

Mädchen

für Hausarbeit.
Gasthof Sichtermann, Bahnhofstraße.

Mädchen

für Hausarbeit gesucht.
Konditorei Koch,
Unna-Königsborn,
423 Kaiserstr. 29.

Fleißiges, braves

Mädchen

von 16—18 Jah., welches auch etwas Gartenarbeit versteht, z. 15. März gesucht.
Frau Jul. Jordan
372 Wernestraße 106.

Suche für sofort ein ordentliches, sauberes

Mädchen

Karl Böckmann,
418 **Overberge.**

Zum 1. Februar ein jüngeres, sauberes

Mädchen

in kleinem Haushalt gesucht. p397
Frau H. Bonhof jun.
Hammerstr. 194.

Kautabak

von Grimm & Triepel
Nordhausen
in Güte unerreicht.

Hans Dolle,
Tabakwaren-Großhandlung,
Fernruf 2 **Kamen** Markt 16.
429

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Beste Kinder- und Krankenkost:

Lacto-Rührei-Pulver!
Fachärztlich empfohlen. Nahrhaft, bekömmlich, von natürlichem Wohlgeschmack.
Nur mit Wasser angerührt, sofort backfertig! 5125
Alleinhersteller: **LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.**